



Verfassungsgerichtshof

ÜBERSETZUNG
Entscheid Nr. 117/2022
vom 29. September 2022
Geschäftsverzeichnismrn. 7458 und 7503
AUSZUG

In Sachen: Vorabentscheidungsfragen in Bezug auf Artikel 2 Nr. 2 des Gesetzes vom 5. Mai 2014 « zur Änderung der Ruhestandspension und der Hinterbliebenenpension, zur Einführung der Übergangentschädigung in der Pensionsregelung für Lohnempfänger und zur schrittweisen Aufhebung der Behandlungsunterschiede, die auf der Unterscheidung zwischen Arbeitern und Angestellten in Sachen ergänzende Altersversorgung beruhen », Artikel 21 Nr. 3 des Gesetzes vom 10. August 2015 « zur Anhebung des gesetzlichen Alters für die Ruhestandspension und zur Abänderung der Bedingungen für den Zugang zur Vorruhestandspension und des Mindestalters für die Hinterbliebenenpension » und Artikel 21^{quater} des königlichen Erlasses Nr. 50 vom 24. Oktober 1967 « über die Ruhestands- und Hinterbliebenenpension für Lohnempfänger », gestellt vom Arbeitsgerichtshof Lüttich, Abteilung Namur, und vom Arbeitsgericht Lüttich, Abteilung Huy.

Der Verfassungsgerichtshof,

zusammengesetzt aus den Präsidenten P. Nihoul und L. Lavrysen, den Richtern T. Giet, J. Moerman, M. Pâques, Y. Kherbache, T. Detienne, D. Pieters, S. de Bethune, E. Bribosia und W. Verrijdt, und dem emeritierten Richter J.-P. Moerman gemäß Artikel 60^{bis} des Sondergesetzes vom 6. Januar 1989 über den Verfassungsgerichtshof, unter Assistenz des Kanzlers P.-Y. Dutilleux, unter dem Vorsitz des Präsidenten P. Nihoul,

erlässt nach Beratung folgenden Entscheid:

I. Gegenstand der Vorabentscheidungsfragen und Verfahren

1. In seinem Entscheid vom 1. Oktober 2020, dessen Ausfertigung am 27. Oktober 2020 in der Kanzlei des Gerichtshofes eingegangen ist, hat der Arbeitsgerichtshof Lüttich, Abteilung Namur, folgende Vorabentscheidungsfragen gestellt:

« - Verstoßen Artikel 2 Nr. 2 des Gesetzes vom 5. Mai 2014 zur Änderung der Ruhestandspension und der Hinterbliebenenpension, zur Einführung der Übergangentschädigung in der Pensionsregelung für Lohnempfänger und zur schrittweisen Aufhebung der Behandlungsunterschiede, die auf der Unterscheidung zwischen Arbeitern und

Angestellten in Sachen ergänzende Altersversorgung beruhen, und Artikel 21 Nr. 3 des Gesetzes vom 10. August 2015 zur Anhebung des gesetzlichen Alters für die Ruhestandspension und zur Abänderung der Bedingungen für den Zugang zur Vorruhestandspension und des Mindestalters für die Hinterbliebenenpension, an sich oder in Verbindung miteinander, gegen die Artikel 10, 11 und 23 der Verfassung, an sich oder in Verbindung mit den Grundsätzen der Rechtssicherheit und des berechtigten Vertrauens, indem sie ungerechtfertigte Unterschiede einführen zwischen einerseits den hinterbliebenen Ehepartnern, die eine Hinterbliebenenpension erhalten konnten, bevor sie das am Sterbedatum ihres Ehepartners erforderliche gesetzliche Alter erreicht hatten, entweder weil sie Kinder zu Lasten hatten, oder weil sie die Einsetzung der Hinterbliebenenpension zum Zeitpunkt des Erreichens des Alters haben aufschieben können, und andererseits den hinterbliebenen Ehepartnern, die am Sterbedatum ihres Ehepartners das erforderliche gesetzliche Alter nicht erreicht haben, wobei sie wegen des Inkrafttretens des neuen Gesetzes nur eine zeitlich begrenzte Übergangentschädigung beanspruchen können?

- Verstoßen Artikel 2 Nr. 2 des Gesetzes vom 5. Mai 2014 zur Änderung der Ruhestandspension und der Hinterbliebenenpension, zur Einführung der Übergangentschädigung in der Pensionsregelung für Lohnempfänger und zur schrittweisen Aufhebung der Behandlungsunterschiede, die auf der Unterscheidung zwischen Arbeitern und Angestellten in Sachen ergänzende Altersversorgung beruhen, und Artikel 21 Nr. 3 des Gesetzes vom 10. August 2015 zur Anhebung des gesetzlichen Alters für die Ruhestandspension und zur Abänderung der Bedingungen für den Zugang zur Vorruhestandspension und des Mindestalters für die Hinterbliebenenpension, an sich oder in Verbindung miteinander, gegen die Artikel 10, 11 und 23 der Verfassung, an sich oder in Verbindung mit den Grundsätzen der Rechtssicherheit und des berechtigten Vertrauens, indem das für die Gewährung einer Hinterbliebenenpension erforderliche Alter des hinterbliebenen Ehepartners je nach dem Sterbedatum seines Ehepartners schrittweise von 45 Jahren auf 50 Jahre angehoben wird, wobei ein ungerechtfertigter Unterschied zwischen hinterbliebenen Ehepartnern eingeführt wird, je nachdem, ob ihr Ehepartner vor oder nach dem Inkrafttreten dieser Normen verstorben ist, und in der letztgenannten Hypothese, insofern der hinterbliebene Ehepartner am Sterbedatum das erforderliche gesetzliche Alter erreicht hat? ».

2. In seinem Urteil vom 20. Januar 2021, dessen Ausfertigung am 25. Januar 2021 in der Kanzlei des Gerichtshofes eingegangen ist, hat das Arbeitsgericht Lüttich, Abteilung Huy, folgende Vorabentscheidungsfragen gestellt:

« a) Verstoßen Artikel 2 Nr. 2 des Gesetzes vom 5. Mai 2014 (oben näher präzisiert) und Artikel 21 Nr. 3 des Gesetzes vom 10. August 2015 (oben näher präzisiert), sowie Artikel 21^{quater} des königlichen Erlasses Nr. 50 vom 24. Oktober 1967 (oben näher präzisiert), an sich oder in Verbindung miteinander, gegen die Artikel 10, 11 und 23 der Verfassung, an sich oder in Verbindung mit den Grundsätzen der Rechtssicherheit und des berechtigten Vertrauens, indem sie ungerechtfertigte Unterschiede einführen zwischen

- einerseits den hinterbliebenen Ehepartnern, die vor dem Erreichen des erforderlichen gesetzlichen Alters zum Todeszeitpunkt ihres Ehepartners eine Hinterbliebenenpension beziehen konnten, entweder weil sie Kinder zu Lasten hatten, oder weil sie das Einsetzen der Hinterbliebenenpension zum Zeitpunkt des Erreichens des Alters aufschieben konnten, und

- andererseits den hinterbliebenen Ehepartnern, die zum Todeszeitpunkt ihres Ehepartners das gesetzliche Alter nicht erreicht haben und die wegen des Inkrafttretens des neuen Gesetzes

nur eine zeitlich begrenzte Übergangschädigung beziehen können, obwohl sie Kinder zu Lasten haben?

b) Verstoßen Artikel 2 Nr. 2 des Gesetzes vom 5. Mai 2014 (oben näher präzisiert) und Artikel 21 Nr. 3 des Gesetzes vom 10. August 2015 (oben näher präzisiert), sowie Artikel 21^{quater} des königlichen Erlasses Nr. 50 vom 24. Oktober 1967 (oben näher präzisiert), an sich oder in Verbindung miteinander, gegen die Artikel 10, 11 und 23 der Verfassung, an sich oder in Verbindung mit den Grundsätzen der Rechtssicherheit und des berechtigten Vertrauens, indem sie das erforderliche Alter des hinterbliebenen Ehepartners für die Gewährung einer Hinterbliebenenpension je nach dem Todesdatum des verstorbenen Ehepartners von 45 auf 50 Jahre anheben, wobei sie einen ungerechtfertigten Unterschied zwischen hinterbliebenen Ehepartnern einführen, je nachdem, ob ihr Ehepartner vor oder nach dem Inkrafttreten dieser neuen Normen (vor)verstorben ist, und in dem letztgenannten Fall, insofern der hinterbliebene Ehepartner das erforderliche gesetzliche Alter zum Todeszeitpunkt erreicht hat?

c) Verstoßen Artikel 2 Nr. 2 des Gesetzes vom 5. Mai 2014 (oben näher präzisiert) und Artikel 21 Nr. 3 des Gesetzes vom 10. August 2015 (oben näher präzisiert), sowie Artikel 21^{quater} des königlichen Erlasses Nr. 50 vom 24. Oktober 1967 (oben näher präzisiert), an sich oder in Verbindung miteinander, gegen die Artikel 10, 11 und 23 der Verfassung, an sich oder in Verbindung mit den Grundsätzen der Rechtssicherheit und des berechtigten Vertrauens, indem sie das erforderliche Alter für den Anspruch auf eine Hinterbliebenenpension erhöhen und ein zeitweiliges Eingliederungsgeld einführen, wodurch eine Kategorie von Personen (die vor der Reform eine Hinterbliebenenpension beziehen konnten) vom Recht, ein menschenwürdiges Leben zu führen, ausgeschlossen wird?

d) Verstoßen Artikel 2 Nr. 2 des Gesetzes vom 5. Mai 2014 (oben näher präzisiert) und Artikel 21 Nr. 3 des Gesetzes vom 10. August 2015 (oben näher präzisiert), sowie Artikel 21^{quater} des königlichen Erlasses Nr. 50 vom 24. Oktober 1967 (oben näher präzisiert), an sich oder in Verbindung miteinander, gegen die Artikel 10, 11 und 23 der Verfassung, an sich oder in Verbindung mit den Grundsätzen der Rechtssicherheit und des berechtigten Vertrauens, indem sie das Eingliederungsgeld, das der hinterbliebene Ehepartner beziehen kann, wenn er ein Kind zu Lasten hat, auf zwei Jahre begrenzen, und zwar unabhängig vom Datum, an dem dieses Kind nicht mehr zu Lasten des hinterbliebenen Ehepartners sein wird? ».

Diese unter den Nummern 7458 und 7503 ins Geschäftsverzeichnis des Gerichtshofes eingetragenen Rechtssachen wurden verbunden.

(...)

III. *Rechtliche Würdigung*

(...)

In Bezug auf die fraglichen Bestimmungen und deren Kontext

B.1. Die beiden Vorabentscheidungsfragen in der Rechtssache Nr. 7458 beziehen sich auf Artikel 2 Nr. 2 des Gesetzes vom 5. Mai 2014 « zur Änderung der Ruhestandspension und der Hinterbliebenenpension, zur Einführung der Übergangentschädigung in der Pensionsregelung für Lohnempfänger und zur schrittweisen Aufhebung der Behandlungsunterschiede, die auf der Unterscheidung zwischen Arbeitern und Angestellten in Sachen ergänzende Altersversorgung beruhen » (nachstehend: Gesetz vom 5. Mai 2014) und auf Artikel 21 Nr. 3 des Gesetzes vom 10. August 2015 « zur Anhebung des gesetzlichen Alters für die Ruhestandspension und zur Abänderung der Bedingungen für den Zugang zur Vorruhestandspension und des Mindestalters für die Hinterbliebenenpension » (nachstehend: Gesetz vom 10. August 2015). Die vier Vorabentscheidungsfragen in der Rechtssache Nr. 7503 beziehen sich auf dieselben Bestimmungen sowie auf Artikel 21^{quater} des königlichen Erlasses Nr. 50 vom 24. Oktober 1967 « über die Ruhestands- und Hinterbliebenenpension für Lohnempfänger » (nachstehend: königlicher Erlass Nr. 50 vom 24. Oktober 1967).

B.2.1. Durch die Gesetze vom 5. Mai 2014 und vom 10. August 2015 wurden mehrere der erforderlichen Bedingungen, damit der hinterbliebene Ehepartner Anspruch auf eine Hinterbliebenenpension erheben kann, abgeändert.

B.2.2. Vor dem Inkrafttreten des fraglichen Artikels 2 Nr. 2 des Gesetzes vom 5. Mai 2014 bestimmte Artikel 16 § 1 Absatz 2 des königlichen Erlasses Nr. 50 vom 24. Oktober 1967:

« [Die Hinterbliebenenpension] setzt jedoch frühestens am ersten Tag des Monats nach Monat ein, in dem der hinterbliebene Ehepartner das Alter von fünfundvierzig Jahren erreicht, es sei denn, dieser erbringt den Nachweis, dass er zu mindestens sechsendsechzig Prozent bleibend arbeitsunfähig ist, dass er ein Kind zu Lasten hat oder dass der verstorbene Ehepartner während mindestens zwanzig Jahren gewöhnlich und hauptsächlich als Bergarbeiter im Untertagebau beschäftigt gewesen ist. Der König bestimmt, auf welche Art und Weise die Erfüllung dieser Bedingungen nachgewiesen wird ».

Der fragliche Artikel 2 Nr. 2 des Gesetzes vom 5. Mai 2014 hat diesen Absatz durch den folgenden Absatz ersetzt:

« [Die Hinterbliebenenpension] setzt jedoch frühestens am ersten Tag des Monats nach dem Monat ein, in dem der hinterbliebene Ehepartner das Alter erreicht von:

1. 45 Jahren, wenn der Ehepartner spätestens am 31. Dezember 2015 verstirbt,
2. 45 Jahren und 6 Monaten, wenn der Ehepartner frühestens am 1. Januar 2016 und spätestens am 31. Dezember 2016 verstirbt,
3. 46 Jahren, wenn der Ehepartner frühestens am 1. Januar 2017 und spätestens am 31. Dezember 2017 verstirbt,
4. 46 Jahren und 6 Monaten, wenn der Ehepartner frühestens am 1. Januar 2018 und spätestens am 31. Dezember 2018 verstirbt,
5. 47 Jahren, wenn der Ehepartner frühestens am 1. Januar 2019 und spätestens am 31. Dezember 2019 verstirbt,
6. 47 Jahren und 6 Monaten, wenn der Ehepartner frühestens am 1. Januar 2020 und spätestens am 31. Dezember 2020 verstirbt,
7. 48 Jahren, wenn der Ehepartner frühestens am 1. Januar 2021 und spätestens am 31. Dezember 2021 verstirbt,
8. 48 Jahren und 6 Monaten, wenn der Ehepartner frühestens am 1. Januar 2022 und spätestens am 31. Dezember 2022 verstirbt,
9. 49 Jahren, wenn der Ehepartner frühestens am 1. Januar 2023 und spätestens am 31. Dezember 2023 verstirbt,
10. 49 Jahren und 6 Monaten, wenn der Ehepartner frühestens am 1. Januar 2024 und spätestens am 31. Dezember 2024 verstirbt,
11. 50 Jahren, wenn der Ehepartner frühestens am 1. Januar 2025 verstirbt ».

Durch Artikel 21 Nrn. 1 und 2 des Gesetzes vom 10. August 2015 wurden sodann an diesem Absatz die folgenden Abänderungen vorgenommen:

« 1. Absatz 2 Nr. 11 wird wie folgt ersetzt:

‘ 11. 50 Jahren, wenn der Ehepartner frühestens am 1. Januar 2025 und spätestens am 31. Dezember 2025 verstirbt, ’.

2. Absatz 2 wird durch die Nummern 12, 13, 14, 15 und 16 mit folgendem Wortlaut ergänzt:

‘ 12. 51 Jahren, wenn der Ehepartner frühestens am 1. Januar 2026 und spätestens am 31. Dezember 2026 verstirbt,

13. 52 Jahren, wenn der Ehepartner frühestens am 1. Januar 2027 und spätestens am 31. Dezember 2027 verstirbt,

14. 53 Jahren, wenn der Ehepartner frühestens am 1. Januar 2028 und spätestens am 31. Dezember 2028 verstirbt,

15. 54 Jahren, wenn der Ehepartner frühestens am 1. Januar 2029 und spätestens am 31. Dezember 2029 verstirbt,

16. 55 Jahren, wenn der Ehepartner frühestens am 1. Januar 2030 verstirbt. ' ».

Durch den fraglichen Artikel 21 Nr. 3 des Gesetzes vom 10. August 2015 wurde ein neuer dritter Absatz in Artikel 16 § 1 des königlichen Erlasses Nr. 50 vom 24. Oktober 1967 eingefügt, der bestimmt:

« Dem hinterbliebenen Ehepartner, der am Sterbedatum seines Ehepartners das in Absatz 2 erwähnte Alter erreicht hat, wird die Hinterbliebenenpension gewährt ».

B.2.3. In seinem Entscheid Nr. 135/2017 vom 30. November 2017 hat der Gerichtshof unter anderem Artikel 21 des Gesetzes vom 10. August 2015 insofern, als er « das Alter für die Gewährung einer Hinterbliebenenpension für die in B.57.2 und B.57.3 erwähnten Personen auf 55 Jahre [anhebt] » für nichtig erklärt. Die Erwägungsgründe B.57.2 und B.57.3 dieses Entscheids lauten wie folgt:

« B.57.2. Die Maßnahme betrifft jedoch auch Personen, die nicht auf dem Arbeitsmarkt aktiv sind oder dort nur teilweise aktiv sind und die, obwohl sie eine Übergangentschädigung während ein oder zwei Jahren je nach ihrer Familiensituation erhalten, am Ende dieses Zeitraums tatsächlich in eine prekäre Situation gelangen können, die gerade durch eine Hinterbliebenenpension vermieden werden soll, indem ihnen, in Ermangelung eines während des Zeitraums des Erhalts der Übergangentschädigung gefundenen Arbeitsplatzes, als einziges Einkommen gegebenenfalls Arbeitslosengeld oder eine Leistung der Kranken- und Invalidenversicherung gewährt wird, während die Familienlasten vor dem Tod ebenfalls durch das Einkommen oder die Pension des verstorbenen Arbeitnehmers gedeckt werden konnten.

B.57.3. Indem das vorgeschriebene Alter für den Bezug einer Hinterbliebenenpension auf 55 Jahre angehoben wird, beeinträchtigt die Maßnahme somit auf unverhältnismäßige Weise die Personen, die sich angesichts ihres Alters in einer besonders verletzlichen Situation bei der Suche nach einer Arbeitsstelle befinden, oder die Personen, deren Arbeitsunfähigkeit bestätigt wurde.

Indem diesen Personen bis zum Alter von 55 Jahren eine Hinterbliebenenpension vorenthalten wird, obwohl sie verwitwet sind und möglicherweise Finanzlasten tragen müssen, die durch das Einkommen des Ehepartners vor dessen Tod gedeckt wurden, können die angefochtenen Bestimmungen sie in eine prekäre Situation führen, die hinsichtlich der angestrebten Ziele nicht vernünftig gerechtfertigt ist.

Der Umstand, dass die angefochtene Maßnahme erst 2030 ihre Wirkung haben wird, ändert nichts an dieser Feststellung ».

B.2.4. Die Artikel 21, 21*bis*, 21*ter* und 21*quinquies* des königlichen Erlasses Nr. 50 vom 24. Oktober 1967, eingefügt und abgeändert durch die Gesetze vom 5. Mai 2014 und 10. August 2015 und durch das Programmgesetz vom 27. Dezember 2021, legen die Bedingungen fest, unter denen der hinterbliebene Ehepartner, der beim Tod seines Ehepartners das erforderliche Alter nicht erreicht hat, um eine Hinterbliebenenpension zu erhalten, eine Übergangentschädigung erhalten kann.

Artikel 21*ter* des königlichen Erlasses Nr. 50 vom 24. Oktober 1967, wie er auf die den Ausgangsverfahren zugrunde liegenden Sachverhalte anwendbar war, sah die Gewährung einer Übergangentschädigung für eine Dauer von zwölf Monaten vor, wenn zum Zeitpunkt des Todes kein Kind zu Lasten war, für das einer der Ehepartner Familienbeihilfen bezog. Hingegen war die Dauer der Gewährung der Entschädigung auf 24 Monate festgesetzt, wenn es ein oder mehrere Kinder zu Lasten gab. Artikel 109 des Programmgesetzes vom 27. Dezember 2021 hat jedoch die Dauer der Gewährung der Übergangentschädigung auf 18, 36 oder 48 Monate je nach Fall erhöht. Auf der Grundlage der in Artikel 111 desselben Programmgesetzes enthaltenen Übergangsbestimmung findet diese Verlängerung auch auf Übergangentschädigungen Anwendung, die nach dem Tod des vorverstorbenen Ehepartners gewährt werden, wenn dieser vor dem 1. Oktober 2021 eingetreten ist und der Zeitraum für die Gewährung nach diesem Datum endet. Aufgrund dieser Bestimmung ist die Verlängerung der Dauer des Zeitraums der Gewährung der Übergangentschädigung jedoch *ratione temporis* nicht auf die vor den vorlegenden Rechtsprechungsorganen anhängigen Streitsachen anwendbar.

Artikel 109 des Programmgesetzes vom 27. Dezember 2021 hat Artikel 21*ter* des königlichen Erlasses Nr. 50 wie folgt abgeändert:

« § 1er. L'allocation de transition est octroyée pour une durée de :

1° 18 mois, si au moment du décès, aucun enfant n'est à charge pour lequel un des conjoints percevait des allocations familiales;

2° 36 mois, si au moment du décès, il y a un enfant à charge qui atteint l'âge de 13 ans au cours de l'année civile du décès et pour lequel un des conjoints percevait des allocations familiales;

3° 48 mois,

- si au moment du décès, il y a un enfant à charge qui n'atteint pas l'âge de 13 ans au cours de l'année civile du décès et pour lequel un des conjoints percevait des allocations familiales ou;

- si, au moment du décès, il y a un enfant en situation de handicap à charge, quel que soit l'âge de cet enfant, pour lequel un des conjoints percevait des allocations familiales ou;

- si un enfant posthume est né dans les trois cents jours suivant le décès.

Le Roi détermine la manière dont est prouvée la condition de la charge d'enfant et ce qu'il faut entendre par enfant en situation de handicap au sens de l'alinéa 1er.

[...] ».

Im Gegensatz zur Hinterbliebenenpension, die außer in Fällen und unter Bedingungen, die der König bestimmt, nur auszahlbar ist, wenn der hinterbliebene Ehepartner keine berufliche Tätigkeit ausübt (Artikel 25 Absätze 1 und 2 des königlichen Erlasses Nr. 50 vom 24. Oktober 1967), ist die Übergangentschädigung selbst dann auszahlbar, wenn der hinterbliebene Ehepartner eine berufliche Tätigkeit ausübt (Artikel 25 Absatz 3, des königlichen Erlasses Nr. 50 vom 24. Oktober 1967).

B.2.5. Da der Zeitraum der Gewährung der Übergangentschädigung nach den in Artikel 38 § 1 Absatz 1 Nr. 1 Buchstabe *c*) und § 3 des königlichen Erlasses vom 25. November 1991 « zur Regelung der Arbeitslosigkeit » festgelegten Bedingungen für die Anwendung der Artikel 30 bis 36*bis* desselben königlichen Erlasses Arbeitstagen gleichgesetzt ist, kann der hinterbliebene Ehepartner, der nach Ablauf dieses Zeitraums keine Beschäftigung gefunden hat, gegebenenfalls Arbeitslosengeld erhalten.

B.2.6. Der fragliche Artikel 21*quater* des königlichen Erlasses Nr. 50 vom 24. Oktober 1967, eingefügt durch das Gesetz vom 5. Mai 2014 und abgeändert durch das Gesetz vom 10. August 2015, sieht unter anderem vor, dass der nicht wieder verheiratete hinterbliebene Ehepartner, der eine Übergangentschädigung in Anspruch genommen hat oder hätte nehmen können, eine Hinterbliebenenpension beanspruchen kann, wenn er eine Ruhestandspension zu Lasten einer belgischen gesetzlichen Pensionsregelung bezieht, wobei diese Hinterbliebenenpension am Datum des Einsetzens der Ruhestandspension oder mit Erreichen

des belgischen gesetzlichen Alters für die Ruhestandspension, wenn der hinterbliebene Ehepartner keine eigene Berufslaufbahn nachweist, einsetzt.

Artikel 21^{quater} bestimmt:

« Der hinterbliebene Ehepartner, der die Bestimmungen des vorliegenden Kapitels in Anspruch genommen hat oder hätte nehmen können, kann die Bestimmungen von Kapitel III in Sachen Hinterbliebenenpension geltend machen, wenn er eine Ruhestandspension zu Lasten einer belgischen gesetzlichen Pensionsregelung bezieht oder eine Ruhestandspension des öffentlichen Sektors aus Gesundheitsgründen oder wegen einer körperlichen Untauglichkeit bezieht, unter der Voraussetzung, dass er am Datum des Einsetzens der Hinterbliebenenpension nicht wieder verheiratet ist.

Diese Hinterbliebenenpension setzt ein:

1. am Datum des Einsetzens der belgischen Ruhestandspension des hinterbliebenen Ehepartners, wenn er eine eigene Berufslaufbahn in Belgien beziehungsweise eine eigene Berufslaufbahn in Belgien und im Ausland nachweist,
2. am Datum des Einsetzens der Ruhestandspension des hinterbliebenen Ehepartners, die zu Lasten einer ausländischen Pensionsregelung gewährt wird, wenn er ausschließlich eine eigene Berufslaufbahn im Ausland nachweist,
3. mit Erreichen des belgischen gesetzlichen Alters für die Ruhestandspension, wenn der hinterbliebene Ehepartner keine eigene Berufslaufbahn nachweist ».

B.3. Aus dem Vorstehenden geht hervor, dass vor dem Inkrafttreten des fraglichen Artikels 2 Nr. 2 des Gesetzes vom 5. Mai 2014 und des fraglichen Artikels 21 Nr. 3 des Gesetzes vom 10. August 2015 (1) das erforderliche Alter, um auf eine Hinterbliebenenpension Anspruch erheben zu können, grundsätzlich 45 Jahre war, (2) der hinterbliebene Ehepartner, der zum Zeitpunkt des Todes seines Ehepartners jünger als 45 Jahre war, dennoch Anspruch auf eine Hinterbliebenenpension erheben konnte, wenn er ein Kind zu Lasten hatte, wenn er eine bleibende Arbeitsunfähigkeit von mindestens 66 % nachwies oder wenn der vorverstorbene Ehepartner während mindestens zwanzig Jahren gewöhnlich und hauptsächlich als Bergarbeiter im Untertagebau beschäftigt gewesen war und (3) der hinterbliebene Ehepartner, der zum Zeitpunkt des Todes seines Ehepartners jünger als 45 Jahre war, Anspruch auf eine Hinterbliebenenpension erheben konnte, sobald er das Alter von 45 Jahren erreichte.

Infolge des Inkrafttretens der Gesetze vom 5. Mai 2014 und vom 10. August 2015 (1) wurde das erforderliche Alter, um Anspruch auf eine Hinterbliebenenpension erheben zu

können, schrittweise angehoben, zunächst von 45 auf 50 Jahre, sodann von 50 auf 55 Jahre, wobei die letzte Anhebung jedoch in dem in B.2.3 erwähnten Maße für nichtig erklärt wurde, (2) wird nicht mehr von dem erforderlichen Alter abgewichen, wenn der hinterbliebene Ehepartner ein Kind zu Lasten hat, wenn er eine bleibende Arbeitsunfähigkeit von mindestens 66 % nachweist oder wenn der vorverstorbene Ehepartner während mindestens zwanzig Jahren gewöhnlich und hauptsächlich als Bergarbeiter im Untertagebau beschäftigt gewesen war, (3) kann der hinterbliebene Ehepartner, der zum Zeitpunkt des Todes seines Ehepartners nicht das erforderliche Alter erreicht hat, um eine Hinterbliebenenpension erhalten zu können, für einen Zeitraum von 12 oder 24 Monaten Anspruch auf eine Übergangentschädigung erheben, gegebenenfalls Arbeitslosengeld nach Ablauf dieses Zeitraums erhalten und Anspruch auf eine Hinterbliebenenpension erheben, wenn er das Ruhestandsalter erreicht. Wegen des Inkrafttretens des Programmgesetzes vom 27. Dezember 2021 wurde die Dauer der Übergangentschädigung in dem in B.2.4 angegebenen Maße verlängert.

In Bezug auf die Zulässigkeit der Vorabentscheidungsfragen

B.4. Aus der Formulierung der Vorabentscheidungsfragen geht hervor, dass der Gerichtshof im Wesentlichen zur Vereinbarkeit der fraglichen Bestimmungen mit den Artikeln 10, 11 und 23 der Verfassung, an sich oder in Verbindung mit den Grundsätzen der Rechtssicherheit und des berechtigten Vertrauens, befragt wird, (1) insofern die Bedingung des erforderlichen Alters, um Anspruch auf eine Hinterbliebenenpension erheben zu können, nunmehr zum Zeitpunkt des Todes des vorverstorbenen Ehepartners erfüllt sein muss und insofern von dieser Altersbedingung nicht mehr abgewichen wird, wenn der hinterbliebene Ehepartner ein Kind zu Lasten hat, da nunmehr nur eine zeitweilige Übergangentschädigung für den hinterbliebenen Ehepartner vorgesehen ist, der diese Altersbedingung nicht erfüllt (erste Vorabentscheidungsfrage in den Rechtssachen Nrn. 7458 und 7503), (2) insofern das erforderliche Alter, um Anspruch auf eine Hinterbliebenenpension erheben zu können, schrittweise von 45 auf 50 Jahre angehoben wird (zweite Vorabentscheidungsfrage in der Rechtssache Nr. 7458 und zweite und dritte Vorabentscheidungsfrage in der Rechtssache Nr. 7503) und (3) insofern die Übergangentschädigung unabhängig vom Alter des Kindes für eine auf 24 Monate begrenzte Dauer gewährt wird, wenn der hinterbliebene Ehepartner ein Kind zu Lasten hat (vierte Vorabentscheidungsfrage in der Rechtssache Nr. 7503).

B.5.1. Der Ministerrat macht geltend, dass die zweite Vorabentscheidungsfrage in der Rechtssache Nr. 7458 der Lösung der Streitsache vor dem vorlegenden Rechtsprechungsorgan nicht dienlich sei, da sie sich auf die Anhebung der Bedingung des erforderlichen Alters, um Anspruch auf eine Hinterbliebenenpension erheben zu können, von 45 auf 50 Jahre beziehe und die Berufungsbeklagte vor dem vorlegenden Rechtsprechungsorgan in jedem Fall beim Tod ihres Ehepartners jünger als 45 Jahre gewesen sei.

B.5.2. Die zweite Vorabentscheidungsfrage in der Rechtssache Nr. 7458 ist im Wesentlichen identisch mit der zweiten Vorabentscheidungsfrage in der Rechtssache Nr. 7503, deren Nutzen vom Ministerrat nicht bestritten wird.

Folglich ist die vom Ministerrat erhobene Einrede nicht zu prüfen.

B.6.1. Der Ministerrat macht geltend, dass die vierte Vorabentscheidungsfrage in der Rechtssache Nr. 7503 unzulässig sei, da es nicht Artikel 2 Nr. 2 des Gesetzes vom 5. Mai 2014, Artikel 21 Nr. 3 des Gesetzes vom 10. August 2015 und Artikel 21^{quater} des königlichen Erlasses Nr. 50 vom 24. Oktober 1967 seien, die die Dauer des Zeitraums der Gewährung der Übergangentschädigung auf 24 Monate begrenzten, wenn es ein Kind zu Lasten gebe.

B.6.2. Die fraglichen Bestimmungen betreffen nicht die Dauer des Zeitraums der Gewährung der Übergangentschädigung. Was die vor den vorlegenden Rechtsprechungsorganen anhängigen Streitsachen betrifft, ist diese Dauer durch Artikel 21^{ter} des königlichen Erlasses Nr. 50 vom 24. Oktober 1967, eingefügt durch Artikel 8 des Gesetzes vom 5. Mai 2014 und abgeändert durch Artikel 24 des Gesetzes vom 10. August 2015, geregelt.

Aus der Vorlageentscheidung in der Rechtssache Nr. 7503 geht hervor, dass das vorlegende Rechtsprechungsorgan den Gerichtshof zur Vereinbarkeit der Beschränkung der Dauer des Zeitraums für die Gewährung der Übergangentschädigung auf 24 Monate, wenn der hinterbliebene Ehepartner die Bedingung des erforderlichen Alters für die Gewährung einer Hinterbliebenenpension nicht erfüllt und ein Kind zu Lasten hat, und zwar unabhängig vom Alter des Kindes, mit den Artikeln 10, 11 und 23 der Verfassung, an sich oder in Verbindung mit den Grundsätzen der Rechtssicherheit und des berechtigten Vertrauens, befragt. Die fehlende Bezugnahme auf Artikel 21^{ter} des königlichen Erlasses Nr. 50 vom 24. Oktober 1967, eingefügt durch Artikel 8 des Gesetzes vom 5. Mai 2014 und abgeändert durch Artikel 24 des

Gesetzes vom 10. August 2015, beruht offensichtlich auf einem materiellen Irrtum seitens des vorlegenden Rechtsprechungsorgans.

Aus dem Schriftsatz des Ministerrats geht hervor, dass er seinen Standpunkt zur vierten Vorabentscheidungsfrage sachdienlich darlegen konnte.

B.6.3. Die vierte Vorabentscheidungsfrage in der Rechtssache Nr. 7503 ist so zu verstehen, dass der Gerichtshof zur Vereinbarkeit von Artikel 2 Nr. 2 des Gesetzes vom 5. Mai 2014, Artikel 21 Nr. 3 des Gesetzes vom 10. August 2015, Artikel 21^{quater} des königlichen Erlasses Nr. 50 vom 24. Oktober 1967 und Artikel 21^{ter} des königlichen Erlasses Nr. 50 vom 24. Oktober 1967, eingefügt durch Artikel 8 des Gesetzes vom 5. Mai 2014 und abgeändert durch Artikel 24 des Gesetzes vom 10. August 2015, mit den Artikeln 10, 11 und 23 der Verfassung, an sich oder in Verbindung mit den Grundsätzen der Rechtsicherheit und des berechtigten Vertrauens, befragt wird.

B.6.4. Die Einrede wird abgewiesen.

B.7.1. Der Ministerrat macht geltend, dass die Vorabentscheidungsfragen keiner Antwort bedürften, insoweit sie sich auf die Einhaltung der Artikel 10 und 11 der Verfassung und der Grundsätze des berechtigten Vertrauens und der Rechtssicherheit bezögen. Nach seiner Auffassung wird aus den Vorlageentscheidungen nicht ersichtlich, inwiefern diese Bestimmungen und Grundsätze verletzt würden.

B.7.2. Aus der Formulierung der beiden Vorabentscheidungsfragen in der Rechtssache Nr. 7458 und der drei ersten Vorabentscheidungsfragen in der Rechtssache Nr. 7503 geht hervor, dass der Gerichtshof in Bezug auf die Prüfung anhand der Artikel 10 und 11 der Verfassung gebeten wird, die hinterbliebenen Ehepartner, auf die die Regeln vor dem Inkrafttreten der fraglichen Bestimmungen angewandt wurden, und die hinterbliebenen Ehepartner, auf die die Regeln angewandt werden, die sich aus den durch die fraglichen Bestimmungen vorgenommenen Abänderungen ergeben, zu vergleichen.

Aus der Formulierung der vierten Vorabentscheidungsfrage und der Begründung der Vorlageentscheidung in der Rechtssache Nr. 7503 geht hervor, dass der Gerichtshof in Bezug auf die Prüfung anhand der Artikel 10 und 11 der Verfassung gebeten wird, sich zur

Vereinbarkeit der Gleichbehandlung von Personen, die zu grundsätzlich unterschiedlichen Kategorien gehören, insofern die zeitweilige Übergangentschädigung für den hinterbliebenen Ehepartner, der ein Kind zu Lasten hat, unabhängig vom Alter des Kindes auf 24 Monate begrenzt ist, mit dem Grundsatz der Gleichheit und Nichtdiskriminierung zu äußern.

Außerdem geht aus der Formulierung der Vorabentscheidungsfragen und der Begründung der Vorlageentscheidungen hervor, dass der Gerichtshof gebeten wird, sich zur Vereinbarkeit der von den fraglichen Bestimmungen vorgesehenen Übergangsmaßnahmen mit den Artikeln 10 und 11 der Verfassung in Verbindung mit den Grundsätzen des berechtigten Vertrauens und der Rechtssicherheit zu äußern.

B.7.3. Die Einrede wird abgewiesen.

B.8. Der Gerichtshof prüft die beiden Vorabentscheidungsfragen in der Rechtssache Nr. 7458 und die vier Vorabentscheidungsfragen in der Rechtssache Nr. 7503 gemeinsam.

Zur Hauptsache

B.9. Aus den Vorabentscheidungsfragen und der Begründung der Vorlageentscheidungen geht hervor, dass der Gerichtshof die Vereinbarkeit der fraglichen Bestimmungen mit den Artikeln 10, 11 und 23 der Verfassung prüfen muss, insofern sie die Bedingung des erforderlichen Alters, um eine Hinterbliebenenpension erhalten zu können, von 45 auf 50 Jahre anheben, insofern sie vorsehen, dass diese Altersbedingung nunmehr zum Zeitpunkt des Todes des vorverstorbenen Ehepartners erfüllt sein muss, insofern sie die Ausnahme von dieser Altersbedingung, die vorgesehen war, wenn es ein Kind zu Lasten gab, streichen und insofern die Dauer des Zeitraums der Gewährung der zeitweiligen Übergangentschädigung unabhängig vom Alter des Kindes auf 24 Monate begrenzt ist, wenn der hinterbliebene Ehepartner ein Kind zu Lasten hat.

Der Gerichtshof wird hingegen nicht zur Streichung der Ausnahmen von dieser Altersbedingung, die vorgesehen waren, wenn der hinterbliebene Ehepartner eine bleibende Arbeitsunfähigkeit von mindestens 66 % nachwies oder wenn der vorverstorbene Ehepartner

während mindestens zwanzig Jahren gewöhnlich und hauptsächlich als Bergarbeiter im Untertagebau beschäftigt gewesen war, befragt.

B.10. Artikel 23 der Verfassung bestimmt, dass jeder das Recht hat, ein menschenwürdiges Leben zu führen. Zu diesem Zweck gewährleisten die jeweiligen Gesetzgeber unter Berücksichtigung der entsprechenden Verpflichtungen die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte und bestimmen die Bedingungen für ihre Ausübung. Artikel 23 der Verfassung bestimmt nicht, was diese Rechte beinhalten, die lediglich als Grundsatz festgehalten werden, wobei es dem jeweiligen Gesetzgeber obliegt, diese Rechte gemäß Absatz 2 dieses Artikels unter Berücksichtigung der entsprechenden Verpflichtungen zu garantieren.

B.11. Artikel 23 der Verfassung enthält eine Stillhalteverpflichtung, die dem entgegensteht, dass der zuständige Gesetzgeber das durch die anwendbaren Rechtsvorschriften gebotene Schutzmaß erheblich verringert, ohne dass es hierfür Gründe gibt, die mit dem Allgemeininteresse zusammenhängen.

B.12.1. Artikel 10 der Verfassung bestimmt:

« Es gibt im Staat keine Unterscheidung nach Ständen.

Die Belgier sind vor dem Gesetz gleich; nur sie können zur Bekleidung der zivilen und militärischen Ämter zugelassen werden, vorbehaltlich der Ausnahmen, die für Sonderfälle durch ein Gesetz festgelegt werden können.

Die Gleichheit von Frauen und Männern ist gewährleistet ».

Artikel 11 der Verfassung bestimmt:

« Der Genuss der den Belgiern zuerkannten Rechte und Freiheiten muss ohne Diskriminierung gesichert werden. Zu diesem Zweck gewährleisten das Gesetz und das Dekret insbesondere die Rechte und Freiheiten der ideologischen und philosophischen Minderheiten ».

B.12.2. Der Grundsatz der Gleichheit und Nichtdiskriminierung schließt nicht aus, dass ein Behandlungsunterschied zwischen Kategorien von Personen eingeführt wird, soweit dieser Unterschied auf einem objektiven Kriterium beruht und in angemessener Weise gerechtfertigt ist. Dieser Grundsatz steht übrigens dem entgegen, dass Kategorien von Personen, die sich

angesichts der beanstandeten Maßnahme in wesentlich verschiedenen Situationen befinden, in gleicher Weise behandelt werden, ohne dass hierfür eine angemessene Rechtfertigung vorliegt.

Das Vorliegen einer solchen Rechtfertigung ist im Hinblick auf Zweck und Folgen der beanstandeten Maßnahme sowie auf die Art der einschlägigen Grundsätze zu beurteilen; es wird gegen den Grundsatz der Gleichheit und Nichtdiskriminierung verstoßen, wenn feststeht, dass die eingesetzten Mittel in keinem angemessenen Verhältnis zum verfolgten Zweck stehen.

In Bezug auf die Vereinbarkeit der fraglichen Bestimmungen mit Artikel 23 der Verfassung

B.13. Die Hinterbliebenenpension bietet dem hinterbliebenen Ehepartner, der Gefahr läuft, nach dem Tod des anderen Ehepartners mittellos zu sein, ein Einkommen. Die Hinterbliebenenpension beruht auf einem Solidaritätsmechanismus, durch den gewährleistet werden soll, dass der hinterbliebene Ehepartner somit weiterhin seinen Lebensunterhalt decken kann und nicht wegen des Todesfalls in materielle Schwierigkeiten gelangt.

Wenn der Gesetzgeber beschließt, dem hinterbliebenen Ehepartner eines verstorbenen Arbeitnehmers eine Hinterbliebenenpension zu gewähren, tut er dies auch mit dem Ziel, eine gewisse Existenzsicherheit für die Personen zu gewährleisten, die gegebenenfalls - zumindest teilweise - finanziell von ihrem Ehepartner abhängig waren und die, weil sie oft kein eigenes Einkommen angestrebt hatten und nicht die Möglichkeit hatten, eine eigene Pension aufzubauen, Gefahr laufen, sich infolge des Todesfalls in einer prekären materiellen Situation zu befinden. Außerdem gewährleistet der Gesetzgeber auf diese Weise indirekt auch die Existenzsicherheit von Personen, die zu Lasten des hinterbliebenen Ehepartners sind.

B.14.1. In der Begründung des Entwurfs zum Gesetz vom 5. Mai 2014 heißt es:

« Des études ont montré que la pension de survie belge constitue actuellement un piège à l'inactivité qui concerne surtout les femmes plus jeunes (les pensions de survie sont prises majoritairement par les femmes) bien que cette prestation parvienne à les mettre à l'abri de la pauvreté et de la précarité.

En effet, il semble que la combinaison de la pension de survie, qui est une bonne protection de base, avec les plafonds de cumul pour les revenus professionnels pousse les femmes soit à ne plus travailler soit à diminuer leur activité professionnelle afin de bénéficier de leur pension

de survie. Par ailleurs, la différence entre le montant de la pension de survie et le salaire dont bénéficieraient ces femmes si elles étaient actives est souvent trop mince. C'est ainsi qu'une minorité parmi ces personnes est absente du marché du travail depuis pas mal de temps.

Cette situation empêche de ce fait le développement et la valorisation économique des talents et conduit donc à une perte pour notre société, pour l'économie du pays et surtout pour les femmes elles-mêmes qui se constituent moins ou, dans certains cas, ne se constituent plus du tout de droits individuels à la pension de retraite alors que le système belge de pension tend vers plus d'individualisation des droits.

L'objectif poursuivi par la réforme de la pension de survie est de mettre fin à ce piège à l'inactivité pour les personnes qui sont encore en âge de travailler et de favoriser l'égalité des chances socio-économiques entre hommes et femmes.

C'est la raison pour laquelle le gouvernement a décidé d'instaurer une allocation temporaire dite allocation de transition. À l'échéance de cette allocation de transition et à défaut d'emploi, un droit au chômage sera ouvert immédiatement sans période d'attente et avec un accompagnement adapté afin de les soutenir dans leur recherche d'emploi.

En outre, pour inciter les bénéficiaires de l'allocation de transition à rester actifs sur le marché du travail ou à y entrer, il est prévu que les plafonds de cumul avec les revenus issus du travail ne seront pas d'application : l'allocation de transition sera cumulable sans limite avec les revenus professionnels.

[...]

Par ailleurs, l'âge minimum requis pour l'octroi de la pension de survie sera augmenté progressivement de 6 mois chaque année: ainsi, il passera de 45 ans (lorsque le décès du conjoint intervient au plus tard au 31 décembre 2015) à 50 ans (lorsque le décès du conjoint intervient au plus tôt au 1er janvier 2025).

Par conséquent, si le conjoint survivant n'a pas atteint l'âge requis pour la pension de survie, il obtiendra l'allocation de transition si les autres conditions relatives à cette prestation sont remplies.

[...]

La durée de l'allocation de transition, qui est par nature temporaire, sera soit de 24 mois soit de 12 mois selon que le conjoint survivant a ou non au moment du décès la charge d'un enfant pour lequel l'époux ou l'épouse perçoit des allocations familiales. Si un enfant posthume naît dans les trois cents jours du décès, cette allocation est toutefois également due durant 24 mois.

Contrairement à la pension de survie dont le paiement peut être suspendu dans certaines hypothèses (cumul autorisé avec certaines prestations de sécurité sociale mais limité dans le temps, cumul avec des revenus fondés sur le travail également limité par application de plafonds de revenus, ...), le paiement de l'allocation de transition est maintenu même en cas d'exercice d'une activité professionnelle ou de perception de certaines prestations de sécurité sociale (indemnité de maladie, allocation de chômage, ...) ou de jouissance d'une pension de retraite

pour motif de santé ou d'inaptitude physique dans le secteur public ou d'une pension de survie fondée sur l'activité du même conjoint décédé (en vertu d'une législation belge ou étrangère).

Concernant le calcul de l'allocation de transition, le droit à l'allocation de transition est calculé par rapport à l'ensemble des rémunérations brutes réelles, fictives et forfaitaires du travailleur décédé » (*Parl. Dok.*, Kammer, 2013-2014, DOC 53-3399/001, SS. 4-7).

« L'article 2, 2° remplace l'article 16, alinéa 2, de l'arrêté royal n° 50 qui prévoit l'âge auquel prend cours la pension de survie. Actuellement, l'âge fixé est de 45 ans mais, dans le but d'inciter les personnes - surtout les femmes qui sont les plus touchées - à exercer une activité professionnelle même en cas de bénéficiaire d'une prestation pour conjoint survivant, l'âge pour l'octroi de la pension de survie est augmenté progressivement de 45 ans à 50 ans, à raison d'une augmentation de 6 mois par année » (ebenda, S. 12).

« L'article 12 [devenu l'article 11] complète l'article 25 de l'arrêté royal n° 50 afin de prévoir que l'allocation de transition est cumulable sans limite avec les revenus issus du travail, avec certaines prestations de sécurité sociale comme les indemnités pour maladie ou pour cause de chômage involontaire ainsi qu'avec une pension de retraite pour motif de santé ou d'inaptitude physique dans le secteur public ou avec une pension de survie ou un avantage y tenant lieu fondé sur l'activité du même travailleur décédé par application d'une législation belge ou étrangère.

Cette disposition diffère de celle applicable en matière de pension de survie dont le cumul avec des revenus professionnels est limité et dont le cumul avec d'autres prestations de sécurité sociale est autorisé mais limité dans le temps (12 mois calendriers).

L'objectif est de permettre au bénéficiaire de l'allocation de transition de maintenir ou de reprendre une activité professionnelle afin de se constituer des droits individuels à la pension » (ebenda, S. 16).

B.14.2. Nach der Debatte hat der Vizepremierminister und Minister der Pensionen die folgenden Präzisierungen geäußert:

« Les règles actuellement prévues dans le régime des pensions de survie se fondent sur une société appliquant le modèle du soutien de famille, dans le cadre duquel l'homme travaille, à l'inverse de la femme; en cas de décès prématuré de l'homme, la femme devait réclamer une pension dérivée, étant donné qu'elle n'avait pas constitué personnellement de droits. Dans l'intervalle, la société a fondamentalement évolué : dans la plupart des cas, les deux conjoints sont à présent actifs sur le marché du travail. Dans ce contexte modifié, l'interdiction de cumul d'une pension de survie et de revenus professionnels engendre un risque d'inactivité du conjoint survivant qui, à un moment de crise, lors du décès de son conjoint, opte souvent pour la sécurité de la pension de survie plutôt que pour un travail rémunéré. Ce piège à l'emploi est désormais éliminé par la limitation du régime des pensions de survie; l'allocation de transition facilite le passage à la nouvelle situation de vie, à savoir du fait que l'allocation de transition et d'autres revenus peuvent être cumulés.

[...]

Le ministre tient tout d'abord à insister sur le fait que la présente réforme de la pension de survie ne vise pas tant à remettre au travail les bénéficiaires d'une pension de survie, mais à les inciter à continuer à travailler à l'issue de la période de transition. Il faut bien avoir à l'esprit que les personnes concernées, et statistiquement il s'agit surtout de femmes, sont, au moment du décès de leur conjoint, la plupart du temps dans la vie active. La réforme de la pension de survie concerne aussi bien les indépendants que les fonctionnaires, mais fait l'objet de projets de loi distincts en ce qui concerne ces deux catégories.

Là où l'ancienne réglementation incitait les personnes frappées par le décès de leur conjoint à abandonner définitivement et de manière précipitée quasi toute activité professionnelle, le nouveau régime organise les choses de manière à permettre, à terme, le maintien à l'emploi. C'est dans cet esprit qu'est conçue l'allocation de transition : permettre aux intéressé(e)s de faire face, pendant une période d'un an ou deux, aux difficultés financières et familiales faisant suite au décès. Une avancée notable réside dans le fait que les plafonds de cumul avec les revenus tirés de l'activité professionnelle ne seront plus d'application, à la différence de la règle qui prévaut actuellement. Le calcul de l'allocation sera en outre basé sur la carrière entière du conjoint décédé, et non sur la période de vie commune.

[...]

Concernant les aspects budgétaires : la mesure entraînera un coût de 3,6 millions d'euros en 2015, année de son entrée en vigueur, mais elle représentera une économie de 12,975 millions d'euros en 2020. Il convient toutefois de souligner que l'objectif du nouveau dispositif n'est pas budgétaire, mais de lutter contre l'effet de piège à l'emploi du régime actuel. De manière plus générale, les mesures prises par le gouvernement en matière de sécurité sociale, et spécialement dans le secteur des pensions, ne visent pas tant à diminuer les dépenses (pour rappel, celles-ci sont déjà couvertes pour près d'un tiers par des recettes qui ne proviennent pas des cotisations sur le travail), qu'à inciter les personnes à travailler davantage et plus longtemps, ce qui, à terme, contribuera à garantir des niveaux de pension corrects sans entraîner un accroissement de la pression fiscale.

Le nouveau régime garantira par ailleurs certains droits additionnels par rapport à la situation actuelle : dans l'ancien système de la pension de survie, aucun droit additionnel en termes de pension légale n'était constitué pendant toute la durée de l'octroi de la pension de survie. Dorénavant, outre le fait qu'on espère que la plupart des personnes concernées seront incitées à conserver une activité professionnelle, pour ceux qui ne le pourront pas, les allocations de chômage seront prises en compte pour la constitution de droits additionnels pour la pension légale. A l'âge légal de la pension, cela devrait représenter un avantage significatif pour les intéressés.

[...]

Le rythme du relèvement progressif de l'âge minimum requis pour l'octroi de la pension de survie, qui passera de 45 à 50 ans sur une période étalée sur 10 ans, est le même que celui qui a été retenu pour le relèvement progressif de l'âge de la pension anticipée. Un relèvement plus rapide de l'âge minimal requis, appelé par certains intervenants, aurait été un choix dangereux : au sein des familles, des choix sont faits quant à l'activité professionnelle des conjoints, certains faisant alors le choix d'interrompre plus ou moins durablement leur carrière professionnelle. Il ne serait pas correct de modifier drastiquement les règles en la matière, et

d'en arriver à devoir confronter ces personnes aux choix qu'elles ont faits précisément au moment du décès du conjoint ayant conservé son activité professionnelle.

En faveur de cette tranche d'âge, c'est même la logique inverse que le gouvernement préfère privilégier : sachant que beaucoup de veufs et veuves de plus de 45 ans renoncent, à l'heure actuelle, à la pension de survie parce que celle-ci est inférieure aux revenus qu'ils tirent de leur activité professionnelle, le projet de loi confère au Roi une habilitation en vue de permettre aux conjoints survivants remplissant la condition d'âge pour bénéficier de la pension de survie d'opter pour l'allocation de transition. Concernant les données chiffrées, au 1er janvier 2013, chez les travailleurs salariés de moins de 45 ans, 4 198 bénéficiaient d'une pension de survie, dont 175 hommes et 4 023 femmes, pour les indépendants, il s'agit de 709 bénéficiaires, dont 21 hommes et 688 femmes. Le ministre précise qu'il n'existe pas de données concernant le nombre de bénéficiaires potentiels qui renoncent, dans le régime actuel, à la pension de survie » (*Parl. Dok.*, Kammer, 2013-2014, DOC 53-3399/003, S. 4 und SS. 13 bis 17).

B.14.3. Zum fraglichen Artikel 21 Nr. 3 des Gesetzes vom 10. August 2015 heißt es in der Begründung zu dem Entwurf zu diesem Gesetz:

« L'article 21, 3°, ajoute un nouvel alinéa dans l'article 16, § 1er, qui prévoit expressément que c'est à la date du décès de son époux ou épouse que le conjoint survivant doit satisfaire à la condition d'âge pour pouvoir bénéficier de la pension de survie.

Ainsi, si un travailleur salarié décède le 3 février 2016, son conjoint survivant obtiendra une pension de survie (sous réserve de satisfaire aux autres conditions d'octroi de la pension de survie), s'il atteint l'âge de 45 ans et 6 mois à la date du décès, donc au 3 février 2016. À défaut de remplir cette condition d'âge, le conjoint survivant pourra bénéficier d'une allocation de transition si les conditions d'octroi de cette prestation sont remplies.

Cette précision apportée par l'article 21, 3°, évite tout problème d'interprétation » (*Parl. Dok.*, Kammer, 2014-2015, DOC 54-1180/001, SS. 27-28).

B.14.4. Aus dem Vorstehenden geht hervor, dass es nicht in erster Linie Haushaltsgründe sind, die die Annahme der fraglichen Bestimmungen gerechtfertigt haben, sondern das Bestreben, die Personen auf dem Arbeitsmarkt zu halten, die sich dafür entscheiden würden, ihre Berufstätigkeit im Fall des Todes ihres Ehepartners zu unterbrechen, und auf diese Weise die Erwerbslosigkeitsfalle zu vermeiden. Der Gesetzgeber möchte so Menschen dazu ermutigen, eine Berufstätigkeit auszuüben, selbst wenn sie eine Entschädigung als hinterbliebener Ehepartner erhalten.

B.15. Insofern sie die Bedingung des erforderlichen Alters, um eine Hinterbliebenenpension erhalten zu können, von 45 auf 50 Jahre anheben, insofern sie vorsehen, dass diese Altersbedingung nunmehr zum Zeitpunkt des Todes des vorverstorbenen

Ehepartners erfüllt sein muss, insofern sie die Ausnahme von dieser Altersbedingung, die vorgesehen war, wenn es ein Kind zu Lasten gab, streichen und insofern die Dauer des Zeitraums der Gewährung der zeitweiligen Übergangsschädigung unabhängig vom Alter des Kindes auf 24 Monate begrenzt ist, wenn der hinterbliebene Ehepartner ein Kind zu Lasten hat, verringern die fraglichen Bestimmungen das Schutzmaß der hinterbliebenen Ehepartner im Bereich der sozialen Sicherheit.

B.16. Ohne dass es notwendig ist zu bestimmen, ob die fraglichen Bestimmungen einen erheblichen Rückschritt beim Schutzmaß der hinterbliebenen Ehepartner im Bereich der sozialen Sicherheit zur Folge haben oder nicht, genügt die Feststellung, dass sie durch ein Ziel des Allgemeininteresses gerechtfertigt sind.

B.17. Artikel 2 Nr. 2 des Gesetzes vom 5. Mai 2014, Artikel 21 Nr. 3 des Gesetzes vom 10. August 2015 und die Artikel 21^{ter} und 21^{quater} des königlichen Erlasses Nr. 50 vom 24. Oktober 1967 sind vereinbar mit Artikel 23 der Verfassung.

In Bezug auf die Vereinbarkeit der fraglichen Bestimmung mit den Artikeln 10 und 11 der Verfassung

B.18.1. Der Gerichtshof prüft nun die Vereinbarkeit der fraglichen Bestimmungen mit den Artikeln 10 und 11 der Verfassung in Verbindung mit den Grundsätzen des berechtigten Vertrauens und der Rechtssicherheit.

B.18.2. Der Gesetzgeber verfügt über eine weitgehende Ermessensbefugnis bei der Festlegung seiner Politik im wirtschaftlich-sozialen Bereich, was unter anderem der Fall ist, wenn es sich um die Politik zu Hinterbliebenenpensionen handelt, die zum Teil durch öffentliche Gelder finanziert werden.

Der Gerichtshof ist nicht befugt, seine eigene Beurteilung an die Stelle der des Gesetzgebers zu setzen, sofern diese Entscheidung nicht auf einer offensichtlich falschen Beurteilung beruht. Der Gerichtshof darf eine Rechtsvorschrift nur rügen, wenn in dieser eine Unterscheidung vorgenommen wird, für die es keine objektive und vernünftige Rechtfertigung

gibt, oder grundsätzlich unterschiedliche Situationen ohne objektive und vernünftige Rechtfertigung gleich behandelt werden.

I. Die Anhebung der Bedingung des erforderlichen Alters für die Gewährung einer Hinterbliebenenpension von 45 auf 50 Jahre, die zum Zeitpunkt des Todes des vorverstorbenen Ehepartners erfüllt sein muss

B.19.1. Jede Gesetzesänderung würde unmöglich, wenn davon ausgegangen würde, dass eine neue Regelung gegen den Grundsatz der Gleichheit und Nichtdiskriminierung verstoßen würde aus dem bloßen Grund, dass sie die Anwendungsbedingungen der vorherigen Regelung ändert. Zu einer neuen Rechtsvorschrift gehört es, eine Unterscheidung zwischen Personen vorzunehmen, die dem Anwendungsbereich der vorherigen Regel unterlagen, und den Personen, die dem Anwendungsbereich der neuen Regel unterliegen.

B.19.2. Es obliegt grundsätzlich dem Gesetzgeber, wenn er beschließt, eine neue Regelung einzuführen, zu beurteilen, ob es notwendig oder sachdienlich ist, diese mit Übergangsmaßnahmen zu versehen. Der Grundsatz der Gleichheit und Nichtdiskriminierung wird nur verletzt, wenn die Übergangsregelung oder ihr Fehlen zu einem nicht vernünftig zu rechtfertigenden Behandlungsunterschied führt oder wenn der Grundsatz des berechtigten Vertrauens übermäßig beeinträchtigt wird.

Dieser Grundsatz steht in engem Zusammenhang mit dem Grundsatz der Rechtssicherheit, der es dem Gesetzgeber verbietet, ohne objektive und vernünftige Rechtfertigung das Interesse der Rechtsunterworfenen daran, die Rechtsfolgen ihrer Handlungen vorhersehen zu können, zu beeinträchtigen.

B.20. Wie in B.2.2 erwähnt, wurde durch die fraglichen Bestimmungen die Bedingung des erforderlichen Alters für die Gewährung einer Hinterbliebenenpension, die seit dem Inkrafttreten dieser Bestimmungen zum Zeitpunkt des Todes des vorverstorbenen Ehepartners erfüllt sein muss, angehoben. In Anbetracht der sehr schrittweisen Anhebung des erforderlichen Alters, um Anspruch auf eine Hinterbliebenenpension erheben zu können, von 45 auf 50 Jahre beeinträchtigen die fraglichen Bestimmungen die berechtigten Erwartungen der betroffenen Personen nicht in unverhältnismäßiger Weise.

Die fraglichen Bestimmungen sind auch vernünftig durch das Ziel des Gesetzgebers gerechtfertigt, den hinterbliebenen Ehepartner dazu zu ermutigen, eine Berufstätigkeit aufrechtzuerhalten, da er noch im arbeitsfähigen Alter ist und so von den mit der Arbeit verbundenen Existenzmitteln profitieren und Beiträge in das Rentensystem einzahlen kann, anstatt seine Tätigkeit aufzugeben oder sie erheblich zugunsten einer Hinterbliebenenpension zulasten der Allgemeinheit zu reduzieren.

Die Situation von hinterbliebenen Ehepartnern, die zum Zeitpunkt des Todes ihres Ehepartners arbeitsfähig und jünger als 50 Jahre sind, unterscheidet sich von der Situation der in den Erwägungsgründen B.57.2 und B.57.3 des vorerwähnten Entscheids Nr. 135/2017 des Gerichtshofes erwähnten Personen.

B.21. Insofern sie die Bedingung des erforderlichen Alters für die Gewährung einer Hinterbliebenenpension, die zum Zeitpunkt des Todes des vorverstorbenen Ehepartners erfüllt sein muss, von 45 auf 50 Jahre anheben, sind Artikel 2 Nr. 2 des Gesetzes vom 5. Mai 2014, Artikel 21 Nr. 3 des Gesetzes vom 10. August 2015 und die Artikel 21^{ter} und 21^{quater} des königlichen Erlasses Nr. 50 vom 24. Oktober 1967 vereinbar mit den Artikeln 10 und 11 der Verfassung in Verbindung mit den Grundsätzen der Rechtsicherheit und des berechtigten Vertrauens.

II. Die Situation des hinterbliebenen Ehepartners, der ein Kind zu Lasten hat

B.22. Mit den fraglichen Bestimmungen wird nicht nur die Bedingung des erforderlichen Alters für die Gewährung einer Hinterbliebenenpension, die zum Zeitpunkt des Todes des vorverstorbenen Ehepartners erfüllt sein muss, – wenn auch schrittweise – von 45 auf 50 Jahre angehoben, sondern auch die Ausnahme von der Altersbedingung, wenn der hinterbliebene Ehepartner ein Kind zu Lasten hat, gestrichen. Ein hinterbliebener Ehepartner, der die Altersbedingung zum Zeitpunkt des Todes des vorverstorbenen Ehepartners nicht erfüllt und der ein oder mehrere Kinder zu Lasten hat, bezieht anstelle einer Hinterbliebenenpension eine zeitweilige Übergangsschädigung, die zum Zeitpunkt der Sachverhalte, die den Ausgangsverfahren zugrunde liegen, unabhängig vom Alter des Kindes auf 24 Monate begrenzt war.

B.23.1. Wie in B.14.4 erwähnt, hat der Gesetzgeber die Reform der Regelung der Hinterbliebenenpension in dem Bestreben angenommen, die Personen auf dem Arbeitsmarkt zu halten, die sich dafür entscheiden würden, ihre Berufstätigkeit nach dem Tod ihres Ehepartners zu unterbrechen, und auf diese Weise die Erwerbslosigkeitsfälle zu vermeiden.

Aus der Begründung des Entwurfs zum Gesetz vom 5. Mai 2014 geht hervor, dass das Ziel der Reform vor allem war, es zu verhindern, dass « jüngere Frauen » in die Erwerbslosigkeitsfälle tappen. Diesbezüglich hat der Vizepremierminister und Minister der Pensionen angemerkt, dass zum 1. Januar 2013 und somit vor der Annahme der fraglichen Bestimmungen bei den Lohnempfängern unter 45 Jahre 4 198 eine Hinterbliebenenpension erhielten, davon 175 Männer und 4 023 Frauen (*Parl. Dok.*, Kammer, 2013-2014, DOC 53-3399/003, S. 17).

B.23.2. Wie in B.19.1 erwähnt, würde nämlich jede Gesetzesänderung unmöglich, wenn davon ausgegangen würde, dass eine neue Bestimmung gegen den Grundsatz der Gleichheit und Nichtdiskriminierung aus dem bloßen Grund verstoßen würde, dass sie die Anwendungsbedingungen der vorherigen Regelung ändert.

Wenn er eine neue Rechtsvorschrift annimmt, muss der Gesetzgeber die Anforderungen, die sich aus dem Grundsatz der Gleichheit und Nichtdiskriminierung ergeben, bezüglich der Personenkategorien berücksichtigen, die unter den Anwendungsbereich der neuen Rechtsvorschrift fallen.

B.24.1. Wegen der Gewährung einer unabhängig vom Alter des Kindes auf 24 Monate begrenzten Übergangsentschädigung werden alle hinterbliebenen Ehepartner, die ein Kind zu Lasten haben und die zum Zeitpunkt des Todes ihres Ehepartners noch nicht das erforderliche Alter für die Gewährung einer Hinterbliebenenpension erreicht haben, gleich behandelt, unabhängig von ihren Möglichkeiten, eine Beschäftigung zu finden oder eine Beschäftigung mit den Familienlasten zu vereinbaren.

B.24.2. Anlässlich der Debatte im zuständigen Ausschuss vor der Annahme des Gesetzes vom 5. Mai 2014 hat eine Reihe von Mitgliedern auf die negativen Auswirkungen aufmerksam gemacht, die die Reform der Hinterbliebenenpension für den hinterbliebenen Ehepartner, der

ein oder mehrere Kinder zu Lasten hat, und insbesondere für Frauen mit einem oder mehreren Kindern zu Lasten, die vor dem Tod des vorverstorbenen Ehepartners nicht erwerbstätig waren oder nur in Teilzeit erwerbstätig waren, haben könnten. Nach Auffassung der betreffenden Mitglieder des Ausschusses könnte sich diese Personengruppe nach der Reform in einer prekären finanziellen Lage befinden, wenn es ihnen nach Ablauf des auf 24 Monate begrenzten Zeitraums, in dem ihnen die Übergangentschädigung gewährt wird, nicht gelinge, eine Beschäftigung zu finden oder eine Beschäftigung mit den Familienlasten zu vereinbaren.

So war ein Mitglied der Auffassung:

« [le] projet de loi [...] aura pour effet de faire basculer davantage de personnes dans la pauvreté. Le ministre présente ce projet comme une réforme logique qui générera une activation justifiée, sans tenir compte du fait que beaucoup de personnes se trouvent dans une situation difficile; la pension de survie peut être une bouée de sauvetage importante pour ceux qui vivent dans des conditions précaires. [...]

[...]

Le délai maximum de 2 ans prévu pour l'allocation de transition accordée à une personne qui vit un drame personnel et se retrouve isolée avec des enfants à charge est très court. Par ailleurs, cette décision est manifestement défavorable aux femmes, puisque 97 % des bénéficiaires d'une pension de survie dans le régime des salariés sont des femmes. Les possibilités d'activation peuvent du reste fortement varier : les personnes qui ne disposent que d'un faible capital social et intellectuel et vivent dans une région fortement touchée par le chômage auront des difficultés à trouver un emploi dans un délai si court.

[...] Certaines personnes peuvent choisir librement entre une pension de survie et un emploi rémunéré, mais [...] pour beaucoup d'autres, ce n'est pas le cas : elles ne parviennent pas à trouver un emploi ou leurs conditions d'existence ne le leur permettent pas (parce qu'elles ne trouvent pas de place d'accueil pour leur enfant, par exemple). [...] Le gouvernement aurait dû opter pour la différenciation » (*Parl. Dok.*, Kammer, 2013-2014, DOC 53-3399/003, SS. 6 und 13).

Ein anderes Mitglied des Ausschusses vertrat die Auffassung:

« Il convient de vérifier que la durée limitée de cette allocation (un ou deux ans) ne posera pas de problèmes pour certains groupes, en particulier pour les personnes qui n'étaient pas actives sur le marché du travail avant le décès de leur conjoint. Pour la fixation de la durée de cette allocation, il faudra envisager d'également tenir compte à l'avenir d'autres facteurs, tels que la constitution d'une carrière ou son absence, s'il appert que la vulnérabilité de certains groupes devait s'accroître » (ebenda, S. 8).

Ein drittes Mitglied hat bemerkt:

« À la suite du décès de leur conjoint, les personnes peuvent se trouver dans une situation financière précaire, ainsi que le ministre le reconnaît » (ebenda, S. 9).

Das Mitglied hat sich daher mit der Frage der Begrenzung einer Regelung, die ein Sicherheitsnetz gegen Armut darstelle, beschäftigt, denn es handele sich um eine harte Sparmaßnahme, insbesondere gegenüber Alleinerziehenden. Da 97 % der Empfänger einer Hinterbliebenenpension in der Regelung der Lohnempfänger Frauen sind, hat das Mitglied die Ansicht vertreten, dass die vorgeschlagene Reform ebenfalls Frauen bestrafe. Das Mitglied ist zu dem Schluss gelangt:

« La réforme à l'examen ne se base que sur les capacités théoriques des personnes et néglige par conséquent le fait qu'en pratique, de nombreuses personnes éprouvent des difficultés à trouver un emploi après le décès de leur partenaire et risquent, avec la disparition de la pension de survie, de tomber dans la pauvreté » (ebenda, S. 10).

B.24.3. In Bezug auf die eventuellen negativen Auswirkungen, die diese Reform haben könnte, hat der Vizepremierminister und Minister der Pensionen den Standpunkt vertreten:

« Certains intervenants ont estimé que la réforme ne tenait pas compte des réalités concrètes auxquelles sont confrontés les conjoints survivants ayant charge d'enfants, et notamment le coût ou l'insuffisance des places pour l'accueil de l'enfance. Outre le fait que la matière de l'accueil de la petite enfance est une matière qui relève des compétences des Communautés, on doit rappeler que l'État fédéral, au travers de la réglementation en matière d'allocations familiales, intervient déjà fortement en faveur des enfants dont l'un des parents est décédé : alors que le montant normal des prestations familiales en faveur du premier enfant est de 90,28 euros par mois, il est porté à 346 euros par mois lorsqu'un des parents est décédé.

Maintenant que la matière des allocations familiales va faire l'objet d'un transfert de compétences en faveur des Communautés et de la Commission communautaire commune, qui pourront ou non prendre des initiatives complémentaires sur ce plan, d'aucuns plaident pour que l'État fédéral prévoie - dans le cadre de la pension de survie - une intervention majorée pour les conjoints survivants ayant charge d'enfants. Le ministre estime, pour sa part, que ce serait une erreur : la pension de survie compense la perte de revenu liée à la disparition d'un des conjoints, et la question de l'assistance à apporter aux familles avec enfants confrontées au décès d'un des parents doit être réglée dans le cadre du régime des allocations familiales, et l'a été de manière appropriée jusqu'à présent.

Un autre aspect qui relève également, en partie, de la compétence des entités fédérées, est celui de l'accompagnement et de l'activation des bénéficiaires d'une allocation de transition. Le projet prévoit en effet que ceux-ci seront accompagnés dans leur retour ou leur maintien à l'emploi. Sur ce plan, les Régions prendront en toute autonomie leurs responsabilités, mais la ministre fédérale de l'Emploi prendra également des initiatives dans le cadre de ses compétences propres dès que le présent projet de loi sera adopté. Il est notamment prévu

d'assimiler la période pendant laquelle est versée l'allocation de transition à la période d'attente pour l'octroi des allocations de chômage; autrement dit, à l'échéance de la période de transition et à défaut d'emploi, le droit au chômage sera ouvert immédiatement sans période d'attente. Ceci devrait valoir également pour les indépendants qui se retrouveraient sans activité professionnelle à l'issue de la période de transition » (*Parl. Dok.*, Kammer, 2013-2014, DOC 53-3399/003, SS. 15 und 16).

B.24.4. Wie in B.2.4 erwähnt, wurde die Dauer des Zeitraums der Gewährung der Übergangentschädigung, die den Personen gewährt wird, die ein oder mehrere Kinder zu Lasten haben, durch das Programmgesetz vom 27. Dezember 2021 von 24 Monate auf 36 Monate (wenn das Kind zu Lasten des Berechtigten älter ist als dreizehn Jahre) oder auf 48 Monate verlängert (wenn das Kind zu Lasten des Berechtigten jünger ist als dreizehn Jahre oder eine Behinderung hat). In Bezug auf diese Verlängerung heißt es in der Begründung des Entwurfs zu diesem Programmgesetz:

« Le présent chapitre modifie la réglementation du régime de pension du secteur public, la réglementation du régime de pension des travailleurs salariés et du régime de pension des travailleurs indépendants afin de prolonger la durée de l'allocation de transition et introduit un minimum allocation de transition garantie dans la réglementation de pension des travailleurs salariés.

La durée actuelle de l'allocation de transition est trop courte sur les plans humain et financier, surtout si les ayants droit d'une allocation de transition ont un ou plusieurs (jeunes) enfants à charge.

Pour les ayants droit d'une allocation de transition qui n'ont pas d'enfant à charge, la durée actuelle de l'allocation de transition est portée de 12 mois à 18 mois.

Lorsqu'un ou plusieurs enfants sont à charge de l'ayant droit d'une allocation de transition, la durée de cette allocation est actuellement de 24 mois, sans qu'il ne soit tenu compte de l'âge de l'enfant ou des enfants à charge.

À l'avenir, une distinction sera établie au niveau de la durée de l'allocation de transition selon que l'enfant à charge de l'ayant droit à l'allocation de transition soit âgé de plus ou moins de 13 ans au cours de l'année civile du décès du donnant droit. Dans ces situations, la durée de l'allocation de transition sera désormais respectivement de 36 mois et de 48 mois. La charge d'un enfant reste liée à la perception des allocations familiales.

Cette distinction réalisée sur la base de l'âge de l'enfant se justifie par le fait qu'un enfant de plus de 13 ans peut être considéré comme plus autonome qu'un enfant de moins de 13 ans. Il s'agit d'un âge généralement associé au passage de l'école primaire à l'école secondaire et est également utilisé dans les réglementations relatives aux allocations familiales.

Néanmoins, il ne sera pas tenu compte de l'âge d'un enfant à charge lorsque celui-ci est porteur d'un handicap dans la mesure où cet enfant, quel que soit son âge, doit souvent bénéficier d'une attention particulière et d'une aide importante. Dans ce cas, l'allocation de

transition sera donc toujours accordée pour une durée de 48 mois » (*Parl. Dok.*, Kammer, 2021-2022, DOC 55-2349/001, SS. 100-101).

Bei der Prüfung des Gesetzesentwurfs im zuständigen Ausschuss hat die Ministerin der Pensionen hinzugefügt:

« Avec le projet de loi-programme à l'examen, le gouvernement modernise l'allocation de transition qui a remplacé la pension de survie pour les jeunes veuves et veufs en 2015.

Cependant, la réalité de ces citoyens n'a pas été suffisamment prise en compte à l'époque » (*Parl. Dok.*, Kammer, 2021-2022, DOC 55-2349/011, S. 11).

Die Ministerin hat präzisiert, dass sie der Situation von Frauen und ihrem sozialen Schutz besondere Bedeutung beimesse. Sie hat den Schluss gezogen:

« La durée actuelle de l'allocation de transition est tout simplement trop courte, sur le plan humain et le plan financier, surtout pour les bénéficiaires qui ont un ou plusieurs (jeunes) enfants à charge. C'est pourquoi la durée est prolongée » (ebenda).

Nach der Debatte mit den Ausschussmitgliedern hat die Ministerin der Pensionen die Auffassung vertreten:

« Plusieurs membres ont souligné que l'allocation de transition peut être cumulée avec des revenus, en particulier des revenus du travail. Pour les pensions de survie, un autre cadre légal est d'application. La ministre fait observer aux membres que le conjoint survivant, la plupart du temps une femme, perd une source de revenus alors que les factures – loyer, remboursement d'un crédit hypothécaire, frais scolaires – ne diminuent pas. L'objectif de l'allocation de transition est d'éviter qu'un drame financier vienne s'ajouter au drame familial. C'est pourquoi le projet prévoit une allocation minimale de 1 416 euros.

[...] Parmi les conjoints survivants, principalement des veuves, 65 % restent aussi actifs sur le marché du travail qu'avant le drame, et que seuls 23 % travaillent davantage. Par conséquent, l'allocation de transition ne crée pas un piège à l'emploi. Ce problème se présente par contre pour la pension de survie, qui ne peut pas être cumulée avec d'autres revenus. La ministre estime qu'il convient de ne pas confondre ces deux dossiers. Avec l'allocation de survie, le gouvernement entend éviter que des ménages tombent dans la pauvreté et que des enfants, en plus de perdre un parent, perdent également leur maison ou doivent renoncer à leurs hobbies. C'est une question de justice sociale » (ebenda, S. 20).

B.25.1. In Anbetracht des in B.13 Erwähnten, ist es vernünftig gerechtfertigt, den hinterbliebenen Ehepartner dazu zu ermutigen, eine Berufstätigkeit aufrechtzuerhalten, da er noch im arbeitsfähigen Alter ist und so von den mit der Arbeit verbundenen Existenzmitteln

profitieren und Beiträge in das Rentensystem einzahlen kann, anstatt seine Tätigkeit zugunsten einer Hinterbliebenenpension zulasten der Allgemeinheit aufzugeben.

B.25.2. Die fraglichen Bestimmungen betreffen jedoch auch Personen, die Familienlasten haben und die sich, auch wenn sie eine unabhängig vom Alter des Kindes auf 24 Monate begrenzte zeitweilige Übergangentschädigung erhalten, tatsächlich nach Ablauf dieses Zeitraums in einer prekären Situation befinden können, die mit der Gewährung einer Hinterbliebenenpension grundsätzlich gerade vermieden werden soll, wenn es den Personen nicht gelingt, eine Beschäftigung mit den Familienlasten zu vereinbaren.

Zudem betreffen die fraglichen Bestimmungen besonders Frauen, die ein oder mehrere Kinder zu Lasten haben, die vor dem Tod des vorverstorbenen Ehepartners nicht erwerbstätig waren oder nur in Teilzeit erwerbstätig waren. Sofern sie keine Beschäftigung oder keine für die Familienlasten geeignete Beschäftigung im Zeitraum des Bezugs der Übergangentschädigung gefunden haben, erhalten sie nämlich als einziges Einkommen unabhängig vom Alter des Kindes nur Arbeitslosengeld, während die Familienlasten vor dem Tod ebenfalls mit dem Einkommen bestritten werden konnten, das der vorverstorbene Ehepartner bezog.

B.25.3. Auch wenn sie ein legitimes Ziel verfolgen, beeinträchtigen die fraglichen Bestimmungen durch die Gewährung einer auf 24 Monate begrenzten zeitweiligen Übergangentschädigung in unverhältnismäßiger Weise die vorerwähnte Kategorie von Personen, die sich unabhängig vom Alter des Kindes in einer besonders schutzbedürftigen Situation befinden. Wie in B.24.3 erwähnt, hat der Gesetzgeber außerdem zugunsten des hinterbliebenen Ehepartners, der ein Kind zu Lasten hat und noch nicht das erforderliche Mindestalter für die Gewährung der Hinterbliebenenpension erreicht hat, die Dauer der Übergangentschädigung von 24 Monate auf 36 oder 48 Monate je nach Alter des Kindes und seines Bedarfes verlängert.

B.26. Insofern sie für die in B.25.2 erwähnte Personenkategorie die Gewährung einer auf 24 Monate begrenzten zeitweiligen Übergangentschädigung unabhängig vom Alter des Kindes vorsehen, wenn der hinterbliebene Ehepartner ein Kind zu Lasten hat und noch nicht das für die Gewährung der Hinterbliebenenpension erforderliche Mindestalter erreicht hat, sind die fraglichen Bestimmungen unvereinbar mit den Artikeln 10 und 11 der Verfassung.

Aus diesen Gründen:

Der Gerichtshof

erkennt für Recht:

- Insofern sie die Bedingung des erforderlichen Alters für die Gewährung einer Hinterbliebenenpension, die zum Zeitpunkt des Todes des vorverstorbenen Ehepartners erfüllt sein muss, von 45 auf 50 Jahre anheben und insofern sie die Ausnahme von der Altersbedingung, wenn der hinterbliebene Ehepartner ein Kind zu Lasten hat, gestrichen haben, verstoßen Artikel 2 Nr. 2 des Gesetzes vom 5. Mai 2014 « zur Änderung der Ruhestandspension und der Hinterbliebenenpension, zur Einführung der Übergangschädigung in der Pensionsregelung für Lohnempfänger und zur schrittweisen Aufhebung der Behandlungsunterschiede, die auf der Unterscheidung zwischen Arbeitern und Angestellten in Sachen ergänzende Altersversorgung beruhen », Artikel 21 Nr. 3 des Gesetzes vom 10. August 2015 « zur Anhebung des gesetzlichen Alters für die Ruhestandspension und zur Abänderung der Bedingungen für den Zugang zur Vorruhestandspension und des Mindestalters für die Hinterbliebenenpension » und die Artikel 21^{ter} und Artikel 21^{quater} des königlichen Erlasses Nr. 50 vom 24. Oktober 1967 « über die Ruhestands- und Hinterbliebenenpension für Lohnempfänger » nicht gegen die Artikel 10, 11 und 23 der Verfassung, an sich oder in Verbindung mit den Grundsätzen der Rechtssicherheit und des berechtigten Vertrauens.

- Insofern sie die Dauer des Zeitraums der Gewährung der zeitweiligen Übergangschädigung für die in B.25.2 erwähnte Personenkategorie unabhängig vom Alter des Kindes auf 24 Monate begrenzen, verstoßen dieselben Bestimmungen nicht gegen Artikel 23 der Verfassung, an sich oder in Verbindung mit den Grundsätzen der Rechtssicherheit und des berechtigten Vertrauens.

- Insofern sie die Dauer des Zeitraums der Gewährung der zeitweiligen Übergangschädigung für die Personen, die zu der in B.25.2 erwähnten Kategorie gehören, unabhängig vom Alter des Kindes auf 24 Monate begrenzen, verstoßen dieselben Bestimmungen gegen die Artikel 10 und 11 der Verfassung, an sich oder in Verbindung mit den Grundsätzen der Rechtssicherheit und des berechtigten Vertrauens.

Erlassen in französischer und niederländischer Sprache, gemäß Artikel 65 des Sondergesetzes vom 6. Januar 1989 über den Verfassungsgerichtshof, am 29. September 2022.

Der Kanzler,

Der Präsident,

(gez.) P.-Y. Dutilleux

(gez.) P. Nihoul